



Empfänger:

Bürgerrecht Direkte Demokratie
Zivile Allianz e.V.
Zionskirchstr. 3
10119 Berlin

In der islamischen Welt gilt die Scharia

In fast allen islamischen Staaten basieren Verfassung und Gesetze auf der Scharia. Länder, in denen die Scharia volle Gültigkeit besitzt, sind unter anderen Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Jemen, Sudan und Mauretanien. In den übrigen islamischen Staaten gilt die Scharia mindestens als Leitlinie für das Zivilrecht. Die Scharia ist ein großes Hindernis für die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Christen, Juden und Homosexuelle werden mit Gewalt bedroht und Frauen unterdrückt.

„Christen, Juden, Frauen und Homosexuelle werden mit Gewalt und Tod bedroht.“

Die islamischen Länder erkennen die Menschenrechte nicht an

Die islamischen Staaten bekennen sich nicht zu den Werten der UN-Menschenrechtscharta. Stattdessen gab es 1990 in Kairo eine Konferenz der 56 islamischen Staaten. Das sind fast alle islamischen Staaten der Welt. Diese Staaten verabschiedeten die „Cairo Declaration on Human Rights in Islam (CDHRI)“, die ausdrücklich feststellt, dass alle Rechte und Freiheiten der Scharia unterliegen. In Artikel 25 wird klargestellt: „Die islamische Scharia ist der alleinige Bezugspunkt für die Erklärung oder Erläuterung eines jeden Artikels in dieser Erklärung.“



Gewalt gegen Frauen, Andersgläubige und die Terroris- gefahr wachsen

Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, wird eine ganze Generation junger Muslime in Deutschland ohne Respekt vor unseren Gesetzen und mit der Scharia als wichtigste Orientierung aufwachsen. Es entstehen so Zustände wie in Frankreich und Belgien, wo Terroris- ten in islamischen Parallelgesellschaften unbemerkt Anschläge vorbereiten können. Gewalt gegen Frauen und Andersgläubige wird die unvermeidliche Folge sein.



Deutschland muss ein säkulares Land bleiben

Deutschland ist ein säkulares Land mit einem liberalen Rechtsstaat. Dieser hat für alle Gültigkeit, die hier leben. Wenn der Rechtsstaat durch islamische Parallel- gesellschaften und die Scharia-Justiz ausgehöhlt und unterwandert wird, dann ist unsere Freiheit bedroht. Die Regeln und Gesetze müssen für alle gelten. Politik und Justiz versagen darin, unsere Regeln und Gesetze konsequent durchzusetzen. Deshalb müssen wir Bürger gemeinsam fordern, dass unser Rechtsstaat durch- gesetzt wird und Scharia-Recht und Scharia-Richter mit den Mitteln des Rechtsstaates bekämpft werden. Deutschland ist ein freies Land und muss es bleiben.



Beatrix von Storch:
„Die Scharia und Scharia-Gerichte müssen verboten werden!“



Bürgerrecht Direkte Demokratie
Zivile Allianz e.V.
Zionskirchstr. 3
D-10119 Berlin

Tel: +49-(0) 30-8800 1398
Fax: +49-(0) 30-8800 1398

E-Mail: info@buergerrecht-direkte-demokratie.de

Trägerverein: Zivile Allianz e.V.

V.i.S.d.P.

Sven von Storch

www.buergerrecht-direkte-demokratie.de

Spendenkonto:

Bürgerrecht Direkte Demokratie
IBAN: DE14 1005 0000 0190 8513 76
BIC: BELADEV333
Berliner Sparkasse



Rechtsstaat, nicht Scharia.

Für ein Verbot des Scharia-Rechts
in Deutschland.

Rechtsstaat, nicht Scharia

Mit Millionen muslimischen Einwanderern ist das islamische Recht, die Scharia, nach Deutschland gekommen. Im islamischen Zivilrecht sind Frauen dem Mann rechtlich massiv untergeordnet und weitgehend rechtlos gestellt. Über das Erb-, Ehe- und Familienrecht dominiert der Mann die islamische Gesellschaft. Zwangsheirat, Vielehen und Kinderehen sind weitere Bestandteile der Scharia. So wird bei uns eine Parallelgesellschaft aufgebaut und verfestigt, die mit unseren Werten und Gesetzen unvereinbar ist.

Das islamische Strafrecht praktiziert in seiner vollen Anwendung brutalste Körperstrafen. Untreue Ehefrauen können gesteinigt, Ungläubige und Glaubensabtrünnige gehängt, Homosexuelle ausgepeitscht und Diebe verstümmelt werden.

Was ist die Scharia?

Die Scharia ist das islamische Recht. Es beruht nicht auf demokratischen Gesetzen, sondern auf dem Koran und religiöser Überlieferung. Das islamische Recht kennt keine Trennung von Staat und Religion wie unser liberaler Rechtsstaat. Für viele Muslime ist das islamische Recht die höchste Rechtsinstanz. Es umfasst insbesondere Strafrecht und Zivilrecht, wie das Familienrecht.

Nicht-Muslime und Frauen werden von der Scharia als Menschen zweiter Klasse behandelt. Frauen dürfen gezüchtigt und Abtrünnige vom Glauben sogar getötet werden. Die Rechte von Nicht-Muslimen müssen die Muslime nur achten, solange sie selbst in der Minderheit sind. Sobald sie die Mehrheit haben, sind sie berechtigt, die Nicht-Muslime zu unterwerfen.

„Nicht-Muslime und Frauen werden von der Scharia als Menschen zweiter Klasse behandelt.“



Quelle:
www.menschenrechtsverein.org

Viele Muslime stellen die Scharia über das Grundgesetz

Für 65 % der Muslime sind nach einer Umfrage religiöse Vorschriften (Scharia) wichtiger als die säkularen Gesetze (Grundgesetz, Verfassung) des Landes, in dem sie leben. Fast 60 % gaben an, die Muslime sollten zu den Wurzeln des Islam zurückkehren.

Dies ergab eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, die auf den Daten der Umfrage „Six Country Immigrant Integration Comparative Survey (SCIICS)“ beruht, bei der 9.000 Muslime in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Schweden mit türkischem oder marokkanischem Migrationshintergrund befragt wurden.

Der Glaube an die Rechtsgültigkeit der Scharia ist weit verbreitet. In einer anderen Studie gaben 78 % der Muslime in Südasien und im Nahen und Mittleren Osten an, dass Scharia-Richter in Familienangelegenheiten wie Scheidung oder Erbschaft bestimmen würden. Bei den befragten Muslimen in Südosteuropa waren es immerhin 41 Prozent.

Internationale Studie des Pew-Research-Centers, bei der 38.000 Muslime in 39 Ländern interviewt wurden.

Scharia-Recht in Europa

Mit den muslimischen Migranten sind auch die Scharia-Gerichte nach Europa gekommen. In Großbritannien gibt es mindestens 85 solcher Scharia-Gerichte – und zwar ganz offiziell. Sie regeln Familien- und Erbschaftsangelegenheiten und verfestigen damit die auf anderen Werten basierende islamische Gesellschaftsordnung. Sie bilden auf diese Weise die Basis für eine islamische Parallelgesellschaft. Die britische Regierung hat dies jahrelang ignoriert und nichts unternommen. Jetzt versucht sie ihren Kurs zu ändern und hat eine Kommission einberufen.

In Deutschland agieren Scharia-Gerichte noch inoffiziell. Aber die Scharia nimmt quasi offiziell immer mehr Einfluss auf die deutsche Rechtsprechung. So wenden deutsche Gerichte bei Scheidungen und in Erbrechtsfällen von Muslimen mitunter islamisches Recht an. Deutsche Gerichte haben z.B. schon Kinderehen und Zweitfrauen anerkannt.

In Dänemark haben muslimische Lobbygruppen die Einführung von Scharia-Zonen gefordert. Dies hat zur öffentlichen Diskussion geführt, ob in Teilen des Landes islamisches Recht gelten soll.

„In Großbritannien gibt es mindestens 85 solcher Scharia-Gerichte – und zwar ganz offiziell.“

Die Scharia und Scharia-Gerichte in Deutschland müssen verboten werden

Scharia-Gerichte und Scharia-Richter gehören nicht nach Deutschland. Sie müssen ebenso verboten werden, wie die Organisationen und Netzwerke, die die Anwendung des Scharia-Rechts in Deutschland fördern. Die Anwendung der Scharia und die Gründung und Anrufung von Scharia-Gerichten muss unter Strafe gestellt werden.

Warum ist die Scharia eine Gefahr für unseren Rechtsstaat?

Die Scharia hat schon heute in Deutschland einen viel stärkeren Einfluss, als viele glauben. Die Scharia schafft praktisch einen fundamentalistischen Staat im Staate. Mit der Einwanderung von Millionen von Muslimen kommen auch die Autoritäten aus ihren Heimatländern, die Scharia-Richter und Scharia-Gerichte. Diese sprechen hinter verschlossenen Türen Recht. In vielen muslimischen Gemeinden gibt es bereits eine Schattenjustiz. Oft wird diese Schattenjustiz von den Moscheen organisiert. In immer mehr Vierteln zwischen Paris, Brüssel und Berlin gelten inzwischen ganz andere Regeln, als die unseres liberalen Rechtsstaates. Polizei und Justiz verlieren die Kontrolle. Unsere westlichen Gesellschaften werden systematisch unterwandert.

„Die Scharia schafft fundamentalistischen praktisch einen Staat im Staate.“

Bürgerrecht Direkte Demokratie ist eine starke, von Bürgern getragene Basisbewegung. Wir kämpfen für die unmittelbare Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und den Schutz der Bürgerrechte auf gesellschaftlicher und politischer Ebene. Durch Aufklärung und organisierten Protest. Ihre Unterstützung hilft dabei. Bestellen Sie unsere Faltblätter und verteilen sie diese an interessierte Freunde und Verwandte. Helfen Sie mit Ihrer Spende: Jeder Euro ermöglicht uns, weitere Bürger zu erreichen. Druck und vor allem Versand kosten viel Geld. Aber Sie ermöglichen, dass wir jeden bestellten Flyer auch versenden können. Gemeinsam können wir viel bewirken – für mehr Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und für einen Wechsel in der Politik.

Bestellformular:

Bitte senden Sie mir die Faltblätter in folgender Anzahl zu:



Masterplan Abschiebung
Grenzen sichern, Asylchaos beenden!



Rechtsstaat, nicht Scharia
Für ein Verbot des Scharia-Rechts in Deutschland.

Absender:

Name

Zusatz

Straße & Hausnr.

PLZ und Ort

E-Mail

Bitte halten Sie mich über die Arbeit der Initiative Bürgerrecht Direkte Demokratie auf dem Laufenden.